

Titel Flucht, Asyl, Integration. Unser Aufschlag für mehr Solidarität.

AntragstellerInnen Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Flucht, Asyl, Integration. Unser Aufschlag für mehr Solidarität.

1 Es ist schon erstaunlich, dass jegliche politische Debatte, jedes relevante Thema, durch Covid-19 und seine Auswir-
2 kungen wie vergessen zu sein scheinen. Während sich gerade alles nur um Deutschland und die Einschränkung un-
3 seres Alltags dreht, merken nur Wenige, wie misslich die Lage auf den ägäischen Inseln wirklich ist: Auf Lesbos, Chios
4 und Samos verharren tausende Geflüchtete in Baracken mit unzureichender medizinischer Versorgung. Erst das Ab-
5 brennen des Auffanglagers Moria, das davor aus allen Nähten geplatzt ist und in dem lebensunwürdige Bedingungen
6 herrschten, hat wieder Aufmerksamkeit für dieses enorm wichtige Thema erzeugt. Auch der Blick über den Tellerrand
7 hinaus verheißt nichts Gutes, bei der europäischen Asylpolitik liegt derzeit vieles im Argen.

8 Höchste Zeit, den Themenkomplex der Flucht- und Asylpolitik wieder auf die Agenda zu bringen. Denn wir sind uns
9 sicher: Hier braucht es Veränderung und eine neue gesamtgesellschaftliche Debatte über die richtigen Konsequenzen
10 aus den letzten Jahren.

11 Dieser Antrag bearbeitet insgesamt drei Teilbereiche, die Reform der europäischen Flüchtlingshilfe, eine gelebte Will-
12 kommenskultur in Deutschland und unser asylpolitisches Selbstverständnis. Er ist als erster Aufschlag für eine große
13 gemeinsame Debatte unter uns Jusos, aber auch innerhalb der Partei zu betrachten.

14 **Teil I: Europäische Flüchtlingshilfe reformieren. Die Situation in den Flüchtlingscamps.**

15 Nicht erst die Flüchtlingscamps auf Lesbos haben deutlich gemacht, dass die Lebensstandards in den Camps men-
16 schenunwürdig sind. Flüchtlinge werden viel zu oft wie Menschen zweiter Klasse behandelt. Wir fordern deshalb die
17 Ausarbeitung von schärferen Mindeststandards zu Hygiene, Ernährung und Mindestquadratmeter pro Person, wel-
18 che jedes Flüchtlingslager auf europäischem Boden einzuhalten hat. Verantwortlich für die Einhaltung dieser sollen
19 ausdrücklich nicht die einzelnen Staaten sein, auf deren Staatsgebiet die Camps liegen, sondern alle Mitgliedstaaten
20 der Union. Diese können beispielsweise Sicherheits-, medizinisches oder sonstiges Hilfspersonal entsenden. Die be-
21 stehenden Flüchtlingszentren sollten unter besondere Aufsicht des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten
22 Nationen (UNHCR) gestellt und ein europäisches Asylzentrum auf Lesbos umgesetzt werden.

23 Klar ist: Die Menschen auf Lesbos müssen schnellstmöglich aufgenommen werden- und zwar alle. Deutschland muss
24 hier vorangehen und endlich seiner Verantwortung gerecht werden. Es braucht einen Innenminister, der endlich nach
25 Grundwerten der Humanität und Solidarität handelt und Hilfsbereitschaft nicht blockiert. Die Blockadehaltung der
26 CDU/CSU- Fraktion kritisieren wir scharf. Darüber hinaus müssen ältere Zusagen anderer EU-Staaten, Flüchtlinge von
27 den ägäischen Inseln aufzunehmen, parallel und zügig umgesetzt werden.

28 Der Fokus der europäischen Flüchtlingspolitik muss darauf liegen, besonders Schutzbedürftigen die nötige Unter-
29 stützung zu bieten und sie in ihren speziellen Bedürfnissen entsprechend zu versorgen. Dazu zählen laut Art. 21 der
30 EU-Aufnahmerichtlinie (2013/33/EU) insbesondere (unbegleitete) Minderjährige, Menschen mit Behinderung, Men-
31 schen mit schweren physischen oder psychischen Erkrankungen, Schwangere, Alleinerziehende, Opfer von Men-
32 schenhandel, Folter oder psychischer, physischer und sexueller Gewalt sowie ältere Menschen. Die Aufnahme von
33 minderjährigen unbegleiteten Geflüchteten, sowie besonders schutzbedürftigen Menschen aus den Flüchtlingslagern

34 durch Deutschland und insbesondere das Land Baden-Württemberg muss umgehend durchgesetzt werden. Die eu-
35 ropäische Union muss alles daran setzen, dass gerade diesen Schwächsten unmittelbar Hilfe zukommt. Sie müssen
36 schnellstmöglich aus den (UN-)Flüchtlingslagern und auf die europäischen Mitgliedsstaaten verteilt werden.

37 **Fünf Jahre Sea-Watch – kein Grund zu feiern.**

38 Die Europäische Union muss es sich zur Aufgabe machen, die Rettung von Geflüchteten, die auf dem Mittelmeer in
39 Seenot geraten, wieder selbst zu übernehmen. Wir empfinden es, insbesondere angesichts der selbst auferlegten
40 Werte der Union, als untragbar, dass es vornehmlich Nichtregierungsorganisationen sind, welche sich verpflichtet
41 sehen, gegen die humanitäre Krise an der europäischen Südküste anzukämpfen. Dieser Zustand verschärft zudem
42 das Chaos in den Mittelmeerstaaten, da Regierungen ihre Verantwortung für die Geretteten vermehrt ablehnen.

43 Wir finden: Seenotrettung ist kein auf die Anrainerstaaten des Mittelmeers beschränktes Problem, sondern ein
44 gesamt-europäisches. Wir fordern eine von der Europäischen Union organisierte Operation zur Seenotrettung, wel-
45 che dem Ausmaß der Katastrophe gerecht wird und an welcher sich jeder Mitgliedstaat im Rahmen seiner mariti-
46 men und finanziellen Möglichkeiten beteiligt. In Seenot geratene Flüchtende müssen bereits außerhalb der eigenen
47 Hoheitsgewässer gerettet und in sichere Häfen gebracht werden. Die Arbeit der bis heute aktiven Nichtregierungs-
48 organisationen soll dabei nicht verboten oder eingeschränkt werden, sondern schlichtweg nicht mehr von Nöten
49 sein!

50 **Das Dublin-Abkommen neu verhandeln.**

51 Seit der sogenannten Flüchtlingskrise im Jahr 2015 ist die Migrations- und Flüchtlingspolitik wieder ein sehr wichtiges
52 Thema auf der europäischen Ebene geworden. Wichtiger Bestandteil der Migrations- und Flüchtlingspolitik der EU ist
53 dabei das Dublin-System. Es besteht aus der Dublin- und der sogenannten EUODAC-Verordnung. In Ersterer werden
54 die Kriterien und das Verfahren zur Bestimmung des Staates festgelegt, der für einen in den Mitgliedstaaten gestellten
55 Asylantrag zuständig ist. Die Letztere unterstützt die Anwendung der Dublin-Verordnung durch den Aufbau eines
56 europaweiten Fingerabdruckvergleich-Systems von Asylsuchenden und Menschen ohne Aufenthaltsrecht. Folglich ist
57 das Dublin-System ein Verteilungssystem, welches festlegt, welcher Staat letztlich für welches Asylgesuch zuständig
58 ist.

59 Jedoch wissen wir, dass das Dublin-System von Anfang an und immer noch nicht funktionstüchtig und gerecht ist.
60 Denn meistens ist immer jenes Land für die oder den jeweiligen Geflüchteten zuständig, in dem er oder sie zum
61 ersten Mal den Boden eines EU-Staats betreten hat. So werden beispielsweise die Anrainerstaaten des Mittelmeeres
62 viel stärker durch dieses System belastet als Länder wie Deutschland oder Dänemark. Länder wie Italien, Spanien,
63 Griechenland und Malta haben durch ihre Anbindung ans Mittelmeer die allermeisten Geflüchteten zu versorgen.
64 Gleichzeitig haben genau diese Länder weder die Kapazitäten noch die wirtschaftliche Stärke, um jährlich so gro-
65 ße Zahlen an Geflüchteten aufzunehmen. Kurzum: Das Dublin-System in seiner jetzigen Form ist unsolidarisch und
66 reformbedürftig! Dies hat selbst die Europäische Kommission erkannt und schon 2016 einen Vorschlag zur Reform-
67 mierung gemacht. Allerdings ist dies bisher durch den Widerstand einzelner Mitgliedsstaaten gescheitert. Es braucht
68 unbedingt mehr Druck auf EU-Ebene, sodass eine Reform des Dublin-Systems möglich wird. Um hier voran zu kom-
69 men, braucht es Pragmatismus und den Gedanken der Solidarität.

70 Ein zentraler Bestandteil ist für uns ein gerechter Verteilungsschlüssel für Asylsuchende zwischen den Mitgliedstaaten
71 nach Kriterien wie Einwohner*innenzahl, finanzielle Mittel und der allgemeinen Möglichkeit zur Unterbringung und
72 Betreuung von Asylsuchenden. Sollten Staaten nicht ihren Beitrag nach diesem Verteilungsschlüssel leisten wollen,
73 sollen sie künftig entsprechende materielle Zuzahlungen zur Flüchtlingshilfe leisten. In letzter Konsequenz müssen
74 Staaten, welche sich dem Schlüssel verweigern oder keine anderen Aufgaben übernehmen wollen, strikt über den
75 EU-Haushalt sanktioniert werden. Staaten, welche mehr als gefordert leisten, sollen belohnt werden. Denn die Euro-
76 päische Union ist eine Wertegemeinschaft, in der innere Solidarität eine maßgebliche Rolle für ihre Zukunftsfähigkeit
77 spielt.

78 Darüber hinaus braucht es Reformen der Prozesse, welche die Geflüchteten in Europa durchlaufen. Durch ein ein-
79 heitliches, europaweites Asylverfahren soll der Prozess entbürokratisiert und effizienter gestaltet werden. Wir stehen
80 für ein europäisches Asylverfahren ein, in dem Humanität zugunsten schutzsuchender Menschen und Solidarität, ins-
81 besondere gegenüber den Staaten an den EU-Außengrenzen, eine übergeordnete Rolle spielen. Dies erfordert nicht

82 nur eine stärkere Finanzierung aus dem gemeinsamen europäischen Haushalt, sondern auch ein arbeitsteiliges Mo-
83 dell innerhalb der europäischen Asylpolitik, das nicht von allen die gleiche Leistungen voraussetzt, sondern Stärken
84 und Schwächen der Partner*innen berücksichtigt.

85 Es geht uns darum, sichere Fluchtrouten nach Europa zu schaffen, mit erreichbaren und sicheren Orten auch wäh-
86 rend der Reise, bei denen Rechte und Standards aus internationalen Verträgen und Konventionen für Geflüchtete auf-
87 rechterhalten und unwürdige Bedingungen beendet werden. Die Verfahren müssen in dezentralen EU-Asylzentren
88 durchgeführt werden, die sich in der Regel auf europäischem Festland befinden sollten. Massenlager an den Au-
89 ßengrenzen wollen wir auflösen. Neue Massenlager dürfen nicht zustande kommen.. Jene Verfahren sollen mithilfe
90 einer neu geschaffenen, zentralen Europäischen Asylagentur durchgeführt werden, die aus dem Europäischen Un-
91 terstützungsbüro für Asylfragen (EASO) hervorgehen soll. Außerdem fordern wird die Ausweitung des EU-weiten
92 Fingerabdruckvergleich-Systems (fingerprinting database), um die Identifizierung von Geflüchteten zu erleichtern.

93 **Gemeinsame Europäische Außenpolitik.**

94 Um langfristig Fluchtursachen zu verhindern, braucht es vor allem eine gemeinsame europäische Strategie in der
95 Außenpolitik. Europa muss seiner Verantwortung stärker als bislang bewusst werden und diese auch annehmen. Ei-
96 ne auf europäischen Werten basierte Diplomatie muss darauf gerichtet sein, Konflikte zu lösen, drohende/künftige
97 Fluchtursachen zu verhindern und bereits bestehende zu bekämpfen. Das soll auch innerhalb eines europäischen
98 Sicherheitsrats passieren, an dessen Entscheidungen sich die einzelnen Mitgliedstaaten orientieren sollen. Darüber
99 hinaus fordern wir die tiefergehende politische Integration der Europäischen Union auf allen Ebenen und wollen eine
100 Stärkung der Institution der/des Hohe/n Vertreter*in für Außenund Sicherheitspolitik, auch durch eine Kompetenz-
101 abgabe seitens der Nationalstaaten. Denn Europa muss mit einer Stimme sprechen und nationalstaatliche Interessen
102 der Mitgliedstaaten hinten anstellen.

103 Damit die EU gemeinsam agieren und ihr volles Gewicht entfalten kann, unterstreichen wir unsere Forderung nach
104 einer europäischen Armee, die langfristig die einzelnen Armeen der Nationalstaaten ersetzen soll und als Parlaments-
105 armee dem Europäischen Parlament unterstellt ist. Dabei unterstützen wir den Vorstoß für eine gemeinsamen euro-
106 päischen Eingreiftruppe. Natürlich ist für uns unabdingbar, dass der Einsatz von europäischem Militär in Konflikten
107 und Krisenherden nur innerhalb eines sehr eng gesteckten Rahmens stattfinden kann. Vorrang haben für uns Ju-
108 sos stets die zivile Krisenprävention, Entwicklungszusammenarbeit und diplomatische Bemühungen. Einige unserer
109 Forderungen dazu haben wir bereits im Leitantrag "Global Justice – Unsere internationale Verantwortung für den
110 Globalen Süden" verdeutlicht.

111 **Teil II: Eine gelebte Willkommenskultur in Deutschland. Asylpolitische Rahmenbedingungen der Bundesrepu- 112 blik.**

113 Mitte 2019 haben CDU/CSU und SPD im Bundestag über ein Paket an Gesetzesvorhaben zur Neuordnung der
114 Migrations- und Asylpolitik diskutiert. In diesem Paket konnte die SPD große Erfolge erringen, allen voran das neue
115 Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FachKrEG) und den sogenannten Spurwechsel. Darüber haben insbesondere wir
116 Jusos uns sehr gefreut. Allerdings war das stark umstrittene Geordnete-Rückkehr-Gesetz ebenfalls Teil dieses Pakets,
117 das insbesondere von Bundesinnenminister Horst Seehofer vorangetrieben wurde. Hier wurden für uns rote Linien
118 überschritten. Einige Punkte müssen in Zukunft unbedingt revidiert werden!

119 Der mit Abstand umstrittenste Punkt des diskutierten Paketes betraf die Ausweitung der Abschiebehaft. Für uns
120 ist klar: Menschen, die nichts verbrochen haben, gehören nicht in Haft. Sie stellt für uns die letzte zu ergreifende
121 Maßnahme dar, sofern eine Abschiebung anderweitig nicht durchsetzbar ist. Nur in diesem Fall darf sie angewendet
122 werden. Zudem muss stets eine individuelle Prüfung erfolgen, ob die Abschiebehaft ein notwendiges Mittel darstellt
123 und der geflüchteten Person zuzumuten ist. Die Vermischung von Abschiebehaft und Justizvollzug lehnen wir ab.

124 Für geduldete Geflüchtete stellt die Arbeitssuche eine unglaubliche Herausforderung dar. Das immense Risiko einer
125 Abschiebung, selbst wenn diese eine Arbeitserlaubnis besitzen, erschwert die Arbeitssuche enorm. Für Geflüchtete
126 existieren zudem weitere hohe Hürden. Sie müssen 12 Monate eine Duldung besitzen und 18 Monate einer Beschäf-
127 tigung von 35 Stunden die Woche nachgehen, bevor ihnen für 30 Monate eine "Beschäftigungsduldung" erteilt wird.
128 Die SPD muss an dieser Stelle weiter gegen den Widerstand aus CDU/CSU für eine Herabsetzung dieser Hürden
129 kämpfen. In Deutschland arbeitende, sprachlich gut integrierte Menschen, sollen eine sichere Perspektive auf einen
130 Aufenthaltstitel bekommen.

131 Mit der neu eingeführten "Duldung für Personen mit ungeklärter Identität" wurde ein weiterer kritischer Punkt mit
132 irreführenden Titel eingeführt. Diese Duldung light umfasst alle ausreisepflichtigen Personen, welche aus von ihnen
133 zu vertretenden Gründen nicht abgeschoben werden können, da sie angeblich falsche Identitätsangaben tätigen,
134 über ihre Identität täuschen oder der "besonderen Passbeschaffungspflicht" nicht Folge leisten. Die Folge dieser Dul-
135 dung sind zahlreiche Sanktionen, welche ein pauschales Arbeitsverbot und eine Aussetzung der Freizügigkeit nach
136 sich ziehen. Die Zeit der Duldung bietet weder Chancen für ein dauerhaftes Bleiberecht, noch wird diese nach der
137 Passbeschaffung rückwirkend als Vorduldungszeit angerechnet. Wir sehen in dieser Regelung weder Potenzial für
138 die Geflüchteten, noch eine Verbesserung des gesetzlichen Status Quo. Hier muss dringend nachgebessert werden.

139 **Klare Kompetenzen im föderalen System.**

140 Gelungene Integration ist eine Herausforderung, welche von allen föderalen Ebenen angegangen werden muss.
141 Bund, Länder, Landkreise und Kommunen brauchen klare Zuständigkeiten, damit unnötige Bürokratie vermieden
142 und effiziente Herangehensweisen sichergestellt werden. Wir fordern alle Beteiligten dazu auf, von ausgestreckten
143 Fingern und dem Verweisen auf andere Ebenen abzusehen. Stattdessen soll jede Kommune, jeder Landkreis, jedes
144 Bundesland und schließlich auch die Bundesebene alles dafür tun, damit die Herausforderung rund um die Integrati-
145 on von Geflüchteten gemeinsam angegangen wird. Denn durch das Abschieben von Verantwortung ist am Ende des
146 Tages niemanden geholfen.

147 Für die Landkreise als Bindeglied zwischen Land und Kommunen ist es essentiell, eine langfristige Flüchtlingsstrate-
148 gie zu erarbeiten, welche auf zukünftige Notsituationen vorbereitet und einen vielmehr nachhaltigen Auf- und Abbau
149 von zentralen Flüchtlingsunterkünften organisiert. Die Kommunen, die vor Ort Integrationsarbeit leisten und langfris-
150 tig Wohnungen zur Verfügung stellen, müssen von den übergeordneten Ebenen vollumfänglich mit den benötigten
151 Mitteln ausgestattet werden.

152 **Faire Chancen und Perspektiven schaffen.**

153 Der von der SPD initiierte Spurwechsel ist ein Meilenstein hin zu einer rationalen Asyl- und Integrationspolitik des
154 gesunden Menschenverstands. Mit der 3+2 Regelung können integrierte Flüchtlinge eine Aufenthaltsgenehmigung
155 erhalten, wenn sie eine Ausbildung beendet haben und anschließend zwei Jahre ihrer Tätigkeit nachkommen, selbst
156 wenn ihr Asylantrag abgelehnt wurde. Für uns ist es selbstverständlich, dass gut integrierte Geflüchtete nicht abge-
157 schoben werden dürfen. Auch qualifizierte, aber abgelehnte Asylbewerber*innen müssen ein Bleiberecht und zumin-
158 dest eine Ausbildungsduldung erhalten. Es ist für uns unverständlich, wenn arbeitende und sprachlich gut integrierte
159 Menschen abgeschoben werden. Sie beteiligen sich genauso wie jede*r andere Berufstätige am Allgemeinwesen und
160 haben sich um die Gemeinschaft verdient gemacht.

161 Gerade die duale Berufsausbildung ist in Deutschland von zentraler Bedeutung - auch für Geflüchtete. So kann der
162 Abschluss einer Ausbildung die Möglichkeit bieten, sich ein eigenes Leben aufzubauen und neue Lebensperspektiven
163 zu öffnen. Geflüchtete sollten immer, auch während des Verfahrens, einen Zugang zu unserem Bildungssystem und
164 Arbeitsmarkt erhalten. Es gilt, Anreize für Unternehmer*innen zu schaffen, welche Geflüchtete als Praktikant*innen
165 aufnehmen und eine Arbeitserprobung in verschiedenen Tätigkeitsfeldern ermöglichen. Auch Mentor*innen in den
166 Betrieben sind für uns denkbar.

167 Dass Geflüchtete mit Duldung oder Aufenthaltserlaubnis selbst ab dem 49. Aufenthaltsmonat nicht zustimmungs-
168 frei Leiharbeitsbeschäftigungen nachgehen können, stellt für uns eine untragbare Situation dar. Insgesamt müssen
169 Arbeitsverbote für Geflüchtete soweit wie möglich abgebaut werden. Zurzeit dürfen Geflüchtete in Erstaufnahme-
170 stellen, aus den sogenannten sicheren Herkunftsländern, oder auch abgelehnte Asylbewerber*innen, keine Arbeit
171 aufnehmen. Geflüchtete, die sich oft in jahrelangen Asylverfahren befinden, müssen unserer Meinung nach jedoch
172 frühestmöglich in den Arbeitsmarkt eintreten - gerade um strukturelle Arbeitslosigkeit und Altersarmut zu verhin-
173 dern.

174 **Versteht niemand, auch Einheimische nicht.**

175 Selbst für Einheimische ist es schwer, für Geflüchtete, oder Migrant*innen ohne jegliche Hilfe fast unmöglich: der
176 deutsche Behördengang. Es ist keine Neuigkeit, dass es hierbei vielfach an komplexer Sprache scheitert. Auch beim
177 Zusammenspiel mit Bürokrat*innen entstehen viele Missverständnisse aufgrund von kulturellen Unterschieden.
178 Dennoch wird diese Herausforderung und die damit verbundene Aufgabe, diesen Menschen zu helfen, meist an
179 ehrenamtliche Helfer*innen ausgelagert. Eine vielleicht durch Überlastung verpasste Frist, kann dabei für die Ge-
180 flüchteten nicht nur ärgerlich, sondern auch existentiell entscheidend sein.

181 Wir fordern, dass die für Geflüchtete relevanten Formulare mehrsprachig und in einfacher Sprache verfügbar ge-
182 macht werden. Zudem müssen Mitarbeiter*innen in den entsprechenden Verwaltungen die Möglichkeit erhalten, an
183 Schulungen zur interkulturellen Sensibilisierung teilzunehmen. Geflüchteten sollen deutlich mehr hauptamtliche Be-
184 treuer*innen mit Fremdsprachenkenntnissen zur Verfügung stehen, welche bei Behördengängen unterstützen und
185 ehrenamtliche Helfer*innen entlasten. Wenn möglich, sollen ehrenamtliche Helfer*innen in diesem Bereich durch
186 die hauptamtliche Betreuer*innen ebenfalls geschult werden.

187 **Partizipation für Geflüchtete im Alltag.**

188 Integration bedeutet für uns auch die Möglichkeit, am alltäglichen Leben sowie an der Gemeinschaft teilhaben zu
189 können. Dies muss sichergestellt werden und es muss individuell auf die Bedürfnisse von Geflüchteten im Speziellen
190 eingegangen werden. So kann eine echte Willkommenskultur entstehen, welche als Nährboden für gute Integration
191 und ein starkes Miteinander innerhalb der Gesellschaft fungiert.

192 Jede*r, der oder die sich in Deutschland aufhält sollte die Möglichkeit erhalten, einen Beruf zu ergreifen und sich
193 entfalten zu können. Unser Bildungssystem spielt dabei eine zentrale Rolle, da ein großer Teil der Geflüchteten bereits
194 in jungem Alter nach Deutschland kommt. Eine schnelle Integration in unser Schulwesen ist daher umso wichtiger,
195 Teilnahme am Unterricht und der Umgang mit anderen Schüler*innen sind Schlüssel für eine erfolgreiche Integration.
196 Extra eingerichtete Klassen, die lediglich aus Flüchtlingskindern bestehen, müssen unbedingt vermieden werden. Dies
197 gilt selbstredend auch für Klassen innerhalb der dualen Berufsausbildung.

198 Klar ist: Der Weg in Bildungssystem und Arbeitsmarkt ist lang und schwer. Neben den Kenntnissen der deutschen
199 Sprache und der Belastung durch Traumata, stellt unter anderem auch die Gewöhnung an die neue Umgebung eine
200 große Herausforderung dar. Somit bleibt für uns unabdingbar, dass Sprachkurse zum Erwerb der Grundlagen der
201 deutschen Sprache kostenlos und flächendeckend zur Verfügung stehen. Psychosoziale Betreuungsdienste müssen
202 gefördert und bei Bedarf bereitgestellt werden, um Geflüchtete dabei zu unterstützen, ihre traumatischen Erlebnisse
203 zu verarbeiten. Bezahlte Weiterbildungsmaßnahmen für Ehrenamtliche sind ein Muss, um zumindest einen Grund-
204 bedarf zu decken und Therapeut*innen in begrenztem Maße zuarbeiten zu können.

205 Um den Zugang zur medizinischen Versorgung von Anfang an und mit niedrigen Hürden für Flüchtlinge sicherzu-
206 stellen, ist die Ausstellung einer elektronischen Gesundheitskarte (eGK) essentiell. Ohne diese muss vor jedem nicht
207 dringenden Arztbesuch und jeder Eingangsuntersuchung der entsprechende Sozialarbeiter aufgesucht werden. Vor
208 allem die Pandemie hat gezeigt, dass die Gesundheitsversorgung von einzelnen Personen, ein grundlegender Schutz
209 für alle ist. Wir fordern deshalb die bundesweite Einführung der eGK für Geflüchtete nach dem Bremer Modell.

210 Für uns ist überaus wichtig, dass in allen Bereichen soziale Durchmischung stattfindet. Neben dem Schulwesen, gilt
211 das insbesondere im Bereich der Wohnungspolitik, bei der Ghettoisierung und Abgrenzung unbedingt vermieden
212 werden sollten. Dezentrale Zuteilungen sind dabei ebenso wichtig wie eine nachhaltige Stadtplanung und der kon-
213 tinuierliche Kontakt zu Einheimischen. Vereine, die Angebote für Geflüchtete anbieten, sollen in Zukunft noch mehr
214 von staatlicher Seite unterstützt werden. Kommunen und Landkreise sind dazu angehalten, Austausch- und Parti-
215 zipationsprogramme aufzustellen, um Geflüchtete bereits früh mit den gewohnten Strukturen vor Ort vertraut zu
216 machen.

217 **Teil III: Asylpolitisches Selbstverständnis der SPD.**

218 Eine liberale und offene Migrationspolitik gehört für uns zum Markenkern der SPD. Das soziale Aufstiegsversprechen
219 steht für uns als sozialdemokratische Partei in Deutschland in der Flüchtlings- wie auch in der Migrationspolitik im
220 Mittelpunkt unseres Handelns. Dazu gehört auch: Wer mit anpackt, dem sollen auch alle Türen offen stehen. Gerade
221 im Hinblick auf die Erfahrungen aus der sogenannten Flüchtlingskrise von 2015/16 hat es für uns jedoch ebenso hohe
222 Bedeutung, soziale Konflikte innerhalb unseres Landes und damit eine Spaltung der Gesellschaft zu vermeiden.

223 **Die SPD ist für alle da, die Hilfe brauchen.**

224 Unsere Partei muss mehr denn je der Garant für gleiche Rechte aller Bürgerinnen und Bürger sein. So stellen für
225 uns eine liberale Asyl- und Einwanderungspolitik kein Widerspruch zu einem ausgebauten und umfassenden Sozial-
226 staat dar. Das heißt, dass das Recht auf Gleichbehandlung über allem steht: Niemand darf benachteiligt werden. Wir
227 wollen ein gutes Leben für alle Menschen. Ebenso darf niemand in Notsituationen allein gelassen werden - seien es
228 Geflüchtete oder Menschen, die ihr gesamtes Leben bereits in Deutschland verbracht hat. Auch hier gibt es unver-
229 schuldete Verlierer*innen von Strukturwandel in ungeheuerlichen Größenordnungen. Kurzum: Die SPD kümmert sich

230 um alle diejenigen, die Unterstützungsbedarf haben. Das gilt für Menschen wie auch für Kommunen, als jene Ein-
231 heiten, die die Hauptlast der Integration von Geflüchteten zu tragen haben. So wollen wir auch in Zukunft großzügig
232 Ressourcen bereitstellen und unsere kleinsten staatlichen Organisationsformen nicht bei der Lösung von Problemen
233 zurücklassen. Wir wollen nicht nur fordern, sondern vor allem gemeinsam schaffen. Politik muss daher in Zukunft
234 wieder von der Pike auf gemacht werden, Seite an Seite mit den Kommunen!

235 **Ehrlichkeit, Transparenz und klare Kommunikation.**

236 Klar ist: Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Die SPD darf in Deutschland nicht als Kraft wahrgenom-
237 men werden, die Probleme im Rahmen von Asyl und Migration ausblendet. Auch wir dürfen unsere Augen vor den
238 zahlreichen Herausforderungen vor Ort und dem teils schadhafte Handeln Einzelner nicht verschließen. Gesetzes-
239 und Regelverstöße müssen konsequent mit den Mitteln eines wieder gestärkten, liberalen Rechtsstaats geahndet
240 werden. Symbolpolitik aller Richtungen stoßen zurecht auf Unverständnis. Aus gutem Grund wird negativ aufgenom-
241 men, wenn gut integrierte Menschen abgeschoben werden. Dasselbe gilt allerdings auch für Kommunen, die eigene
242 Aufnahmequoten vor Ort nicht erfüllen oder umgehen, allerdings öffentlich für die weitere Aufnahme von Geflüchte-
243 ten werben. So können Vorteile von Migration im politischen Handeln besser sichtbar gemacht und die Willkommens-
244 kultur geschaffen werden, die es für die Integration von Geflüchteten braucht. Gleichzeitig müssen wir verdeutlichen,
245 dass gesellschaftliche Konflikte keine Folge von Asyl und Migration sind. Wir sind uns sicher: Ehrlichkeit, Transparenz
246 und klare Kommunikation schafft Vertrauen in ganzheitliche Politik.

247 **Klare Haltung und kluges Handeln.**

248 Zukünftig wird es umso wichtiger sein, sich lösungsorientiert mit den drängenden Fragen unserer Gesellschaft aus-
249 einanderzusetzen. Denn die Menschen wollen eine SPD der klaren Haltung und des klugen Handelns. Wir müssen
250 konsequent sein in dem, was wir tun und wollen für alle Menschen da sein. Demokratie und Sozialsysteme wollen wir
251 als deren Anwalt und Pfeiler in Deutschland weiter stärken. Das ist und bleibt die Handlungsmaxime unserer Partei.